

Revolutionäre Synthese

Steuerung der Wirtschaft mit marktgemäßen Mitteln

Dr. Grote-Mißmahl hat als Wirtschaftsberater der Europäischen Regionalorganisation des IBFG in Brüssel unter dem Titel „Integration und Vollbeschäftigung“ eine Untersuchung vorgelegt, über die zur Zeit diskutiert wird. Der nachstehende Beitrag enthält einige Grundgedanken dieser Arbeit.

Das Niederreißen der Zollschranken, der Abbau der Zölle ist keineswegs sofort für alle ein Glück. Ganze Gewerbebezüge mancher Länder können dadurch von Umsatzschrumpfung, ja Existenzvernichtung bedroht werden. Die auf Erfahrung gegründete Hoffnung, daß nach der vollzogenen Anpassung in dem vereinigten westeuropäischen Wirtschaftsraum die Gesamtproduktion sehr viel größer sein dürfte als bisher, ist ein schwacher Trost für die Hunderttausende oder Millionen derjenigen, die mit der Beseitigung der Zollschranken in ein jahrelanges Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen werden. Es ist dies eine sehr unangenehme Wahrheit, aber wir müssen sie nüchtern in jede Kalkulation über die Herbeiführung einer Wirtschaftseinheit Westeuropas einsetzen. Nur dann, wenn wir dies tun, werden wir mit der nötigen Klarheit erkennen, daß es zur Abwendung dieser Gefahr nur ein Mittel gibt: Eine Politik der Vollbeschäftigung für ganz Westeuropa. Nur dann, wenn man in der Lage ist, Garantien für eine rasche Steigerung des Lebensstandards zu geben, werden die Völker Westeuropas bereit sein, jene Änderungen der Wirtschaftsstruktur ihrer Länder in Kauf zu nehmen, die mit der Aufhebung der Zölle unvermeidbar werden.

Was man uns heute anbietet, ist die Schaffung gemeinsamer Märkte durch internationale Kartelle, mehr oder weniger angelehnt an das Muster der Kohle- und Stahlunion. Politisch taktisch mag in einem Zwischenstadium das internationale Kartell eine unvermeidliche Übergangslösung darstellen. Vergessen wir aber nie, daß ein solcher Umweg zu Europa die Gefahr in sich trägt, auf lange Sicht in einen Irrweg auszulaufen. Das Kartell war noch immer ein Hemmschuh für die Steigerung der Produktivität. Ein Kartell ist seit jeher das Instrument, überflüssigen Unternehmern eine „Untüchtigkeitsrente“ zu zahlen.

Wir haben die Pflicht, für die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit in einem geeinten Europa einzutreten. Wir haben aber nicht das geringste Interesse daran, den Besitzern überflüssiger Betriebe eine Rente zu zahlen. Gewerkschaftliche Vorschläge zur Herbeiführung der Wirtschaftseinheit Westeuropas werden fruchtbar sein können, wenn sie eine revolutionäre Synthese darstellen. Das internationale Kartell ist nicht unser Weg. Das Laissez-faire des klassischen Liberalismus ebensowenig. Auch die reine Staatswirtschaft mit der Konstituierung der Staatsallmacht für die Regelung sämtlicher wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen kann nicht wollen, wer sich zu einem freien Sozialismus bekennt.

Unsere Wirtschaftspolitik kann nur unter dem Motto stehen, das von Lord Beveridge geprägt wurde: „Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft.“ Verwirklichen läßt sich dieser Gedanke, wenn wir fähig sind, eine Synthese zu finden zwischen den erprobten und bewährten Elementen der Marktwirtschaft und einer Planung und Lenkung, die mit einem Mindestmaß des direkten Staatseingriffes arbeitet. Wir müssen zu einer Vollbeschäftigung gelangen, bei der der Wirtschaftsablauf mit marktgemäßen Mitteln gesteuert wird. In manchen wesentlichen Punkten unserer wirtschaftspolitischen Konzeption verlangt diese Forderung ein Umdenken — ein Umdenken in jenem Sinne, wie es *Fritz Tar- now* 1947 einmal in einem Vortrag formuliert hat, als er sagte: „Es gilt heute vom theoretisch-ideologischen Sozialismus der Vergangenheit fortzuschreiten zum konstruktiven Sozialismus der Zukunft!“

Die sozialistische Zielsetzung, die einmal in dem Schlagwort umrissen wurde: „Das größte Glück der größten Zahl“ soll erhalten bleiben. Die Methoden zur Erreichung dieses Zieles müssen aber den heutigen technischen und organisatorischen Möglichkeiten angepaßt werden. Man muß die Erkenntnisse verwerten, die über Erfolg und Grenzen des Staatseingriffs in die Wirtschaft während der letzten Jahrzehnte gesammelt werden konnten.

Eine Steuerung des Wirtschaftsablaufes unter sozialistischer Zielsetzung macht nicht eine „Kommandowirtschaft“ oder „Zentralverwaltungswirtschaft“ zur Notwendigkeit, wie dies in jeder Hinsicht schreckliche Wort heißt. Wenn frühere Generationen von Sozialisten an die Notwendigkeit glaubten, durch Enteignung des Privatkapitals allein die Herrschaft über die Produktionsmittel zum größten Nutzen aller sichern zu können, so ist hierin heute ein bedeutsamer Wandel der Auffassung zu verzeichnen. Wir wissen heute, daß der Beamte als Leiter eines Betriebes — besser gesagt, daß eine Verwaltungsbürokratie — nicht gerade der beste Garant des Fortschritts und damit der Steigerung des allgemeinen Lebensstandards ist. Man kann den privaten Unternehmer und das Privateigentum an Produktionsmitteln beibehalten und trotzdem mit marktwirtschaftlichen Mitteln diesen Privatunternehmer in eine Situation drängen, in der er nicht etwa ebensogut, sondern viel rascher und besser als der beamtete Funktionär einer Wirtschaftsverwaltung im Sinne der Ziele eines freiheitlichen Sozialismus reagiert. In diesem System der Marktbeeinflussung mit marktkonformen Mitteln bleibt die für den technischen und organisatorischen Fortschritt so notwendige Initiative des privaten Unternehmers nicht nur erhalten, sondern sie wird sogar in höchstem Maße angestachelt werden. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft kann dies allerdings nicht erreicht werden, indem man dem Unternehmer ständig das Zuckerbrot des Gewinns anbietet. Man darf nicht die Augen davor verschließen, daß eine vollbeschäftigte Wirtschaft die Gefahr in sich trägt, die Unternehmerinitiative erlahmen zu lassen. Die Vollbeschäftigung bietet zwar nicht dem einzelnen Unternehmen eine absolute Absatzgarantie. Bei stabiler oder sogar steigender Gesamtnachfrage gehört jedoch schon ein beträchtliches Maß von Dummheit oder Verschwendung dazu, einen Betrieb zugrunde zu richten.

Das Zuckerbrot des Gewinns ist als Mittel der Lenkung in der Vollbeschäftigung völlig unzureichend, wenn nicht als zweiter Anreiz zur Unternehmerleistung die Gefahr des Existenzverlustes tritt. Zuckerbrot des Gewinns und Peitsche des Existenzverlustes, das sind die beiden Hauptmittel der Lenkung in einer Wirtschaftsform, die eine Synthese von Elementen der Marktwirtschaft mit denen der Planwirtschaft sucht. Bedroht vom Verlust ihres Betriebes, werden die Unternehmer wie die Löwen kämpfen, um ihre Existenz zu retten. Sie werden ihre technische und organisatorische Leistung in noch ungeahntem Maße steigern.

Die Ausschaltung der Überflüssigen

In Westdeutschland, wie in den meisten Ländern Westeuropas, sind die Gewinnchancen der Unternehmer schon seit langem sehr gut, und das Risiko der Pleite ist äußerst gering. Durch offenes übereinkommen oder Stillschweigen werden die Preise hochgehalten. Man hat es geradezu glänzend verstanden, das soziale Argument der Bedrohung des Arbeitsplatzes auszumünzen, um völlig überflüssigen Unternehmen gute Gewinne zu Lasten der Konsumenten zu sichern.

Keineswegs gleichmäßig für die einzelnen Länder und Erwerbszweige, aber trotzdem unleugbar vorhanden, ist an vielen Stellen eine Überdimensionierung der Kapazität des Produktions- und Verteilungsapparates. So gibt es in manchen Ländern Handelszweige, in denen von drei Geschäften zwei überflüssig sind. Die Schaffung und Haltung ungenutzter Maschinen wie überflüssiger Handelsgeschäfte ist reine Verschwendung. Überdimensionierung ist nicht nur für den Einzelbetrieb eine ständige Verlustquelle, sondern auch für die

Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit. Ein Unternehmen, das mehr Maschinen kauft, als es braucht, und ein größeres Verkaufsbüro unterhält, als es für seinen Absatz benötigt, handelt unwirtschaftlich. In der Volkswirtschaft bedeuten die erhöhten Kosten dieser Überdimensionierung letzten Endes eine Schmälerung des Lebensstandards, und zwar besonders ein unnötiges Niedrighalten des Reallohnes.

Nach der Theorie müßten diese überflüssigen Unternehmer durch den Wettbewerb längst ausgemerzt sein. In der Regel verdienen aber leider auch diese Überflüssigen recht gut und werden dadurch zu den teuersten Unterstützungsempfängern jeder Wirtschaft. Die Volkswirtschaft von dem unnötigen Ballast überflüssiger Unternehmergewinne zu befreien, ist daher eine der ersten Aufgaben des notwendigen Reinigungsprozesses.

Die Ausmerzung der Überflüssigen durch den Wettbewerb der freien Wirtschaft ist leider eines der Märchen, von denen die neoliberale Theorie lebt. Diese Ausmerzung verwickelt sich nur sehr am Rande, und die Heilung dieses Übels durch die Konkurrenz der heutigen Marktwirtschaft bleibt eine unerfüllte Hoffnung. Für die überhöhten Kosten der Überdimensionierung werden keineswegs die Überflüssigen durch Pleite bestraft. Bestraft wird für diesen Fehler in der Regel der Konsument durch überhöhte Preise, womit sich die Überflüssigen nicht nur am Leben halten, sondern vielfach sogar glänzend verdienen, und die Tüchtigen beziehen darüber hinaus eine Differenzialrente in Gestalt noch höherer Gewinne. Dies ist ganz gewiß bequemer und in der Regel auch sicherer als ein scharfer Konkurrenzkampf mit Preissenkung.

Der tüchtige Unternehmer soll begünstigt werden (auch steuerlich). Die Erhöhung seiner Initiative soll nicht nur gefördert, sondern durch Verschärfung des Wettbewerbs geradezu erzwungen werden. Es ist eine der wichtigsten Erkenntnisse für die Arbeitnehmerschaft, daß die wahre Hemmung des technischen und sozialen Fortschritts nicht der Unternehmer als solcher, sondern der überflüssige Unternehmer ist. Die Millionenzahl der überflüssigen Händler, Handwerker, Bauern und Industriellen verhindert in Westeuropa die sonst heute schon mögliche starke Erhöhung des Reallohnes. Diese Gruppe ist es, für die Kartelle und Schutzzölle geschaffen und erhalten werden müssen. Nicht der Luxus einiger Zehntausende von Großunternehmern schmälert ernstlich die Lebenshaltung von Millionen Arbeitnehmern in Westeuropa. Es ist vielmehr die Last dieser Überflüssigen mit ihrer oft glänzenden Lebenshaltung.

Ein solcher unnützer Ballast der Wirtschaft muß abgeworfen werden. Für die Beseitigung jener überflüssigen Unternehmer ist eine behördliche Reglementierung der Zahl der Betriebe, abgesehen von Ausnahmen, ein untaugliches Mittel. Ein solcher Schutz erzieht nur zu leicht zur Faulheit und macht aus Tüchtigen Untüchtige. Die Auslese der leistungsfähigen Unternehmer und die Ausscheidung der unnötigen Betriebe wird mit einem rein kapitalistischen Mittel herbeigeführt, nämlich im Wege der Preisunterbietung durch eine Verschärfung des Wettbewerbs. Dieser Reinigungsprozeß ist die Grundlage für die notwendige Erhöhung der Produktivität zur Steigerung des Sozialproduktes. Er ist aber nur denkbar bei Vollbeschäftigung; nur wenn man dem freigesetzten Arbeitnehmer und dem existenzlos gewordenen Unternehmer einen neuen Arbeitsplatz anbieten kann, ist der Beginn dieser Umwälzung vertretbar.

Funktionswandel des Eigentums und des Unternehmers

Die Expropriation der Expropriateure ist ein altes Schlagwort jener Zeit, in der Sozialismus und Kommunismus in der Idee fast noch eine Einheit waren. Man kann es sehr wohl eine revolutionäre Forderung nennen, nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen einzelner Unternehmer, Industrieller, Händler, Bauern und Handwerker entschädigungslos zu enteignen. Während aber in allen Plänen der Sozialisierung die Enteignung durch Gesetz vollzogen werden soll, erfolgt sie in diesem Wirtschaftssystem, dessen Um-

riß hier gezeichnet wird, ohne jeden Gesetzesakt. Nicht eine Behörde, der *Markt* entscheidet über die Existenz des Unternehmers und sein Eigentum. Nicht ein Rechtsanspruch begründet die Erhaltung des Eigentums, sondern der *geschäftliche Erfolg*. In Zielsetzung und Methode treffen sich hier sozialistische und kapitalistische Idee und Mittelanwendung.

Unter einer liberalistischen Verbrämung haben wir in Europa und ganz besonders in Deutschland noch immer das mittelalterliche Zunftdenken, daher auch in unserer deutschen Unternehmerschaft die scheinbar unausrottbare Liebe zum Kartell. Niemand hat besser auf diesen geistigen Zusammenhang hingewiesen als *Moritz Julius Bonn* während der zwanziger Jahre seiner Berliner Lehrtätigkeit.

In unserer heute gültigen Wirtschaftsordnung ist das höchste Heiligtum das Privateigentum an Produktionsmitteln. Dieses Heiligtum des Privateigentums muß einen Sozialisten, der das Ziel sieht, aber die Mittel je nach Bedarf wechselt, nicht unbedingt stören. Übel wird die Sache erst dadurch, daß jeder Unternehmer glaubt, er habe ein verbrieftes Recht auf seinen Betrieb und auf den lebenslänglichen Bezug eines sehr guten Einkommens aus diesem Betrieb.

Dieser festgewurzelte Glaubenssatz sollte theoretisch wie praktisch gründlich ausgeräumt werden. Es ist dabei übrigens ganz unwichtig, ob man zu dieser Erkenntnis vom Sozialismus oder vom Liberalismus her gelangt. Wer als Liberalist eine echte soziale Marktwirtschaft wünscht, muß, wenn er ehrlich bleiben will, die Beseitigung der Überflüssigen ebenso bejahen wie ein Sozialist. Es war ja gerade der klassische Liberalismus, der in der uneingeschränkten Wettbewerbswirtschaft durch die Ausmerzungen der Untüchtigen den Fortschritt am besten gesichert sah.

Die generelle Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist für die Erreichung des sozialistischen Zieles, des größten Glücks der größten Zahl, nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich. Man kann leicht aus dem Regen in die Traufe kommen, wenn man die Vielzahl der miteinander streitenden Ausbeuter beseitigt und dann nur noch den einen allmächtigen Ausbeuter über sich hat, nämlich den Staat — augenfälliges Beispiel hierfür: Sowjetrußland! Nicht die generelle Enteignung, sondern die partielle Enteignung müssen wir anstreben. Anspruch auf die Führung eines Betriebes soll in Zukunft nur derjenige haben, dessen Produktion bei rationeller Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten vom Markt auch wirklich benötigt wird. Diejenigen, die zuviel sind, haben zu verschwinden, d. h. sie müssen sich eingliedern in die große Schar der Arbeitnehmer. Der Weg vom Tellerwäscher zum Generaldirektor ist ein gutes Prinzip des Aufstiegs. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß dieses Prinzip recht gründlich und rücksichtslos auch umgekehrt praktiziert wird. Der Abstieg vom Generaldirektor zum Tellerwäscher ist nicht beliebt, aber ebenso notwendig. Einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz hat in der Vollbeschäftigung jeder, auch der erfolglose Unternehmer. Das Recht auf einen Arbeitsplatz hat jedoch nicht zum Inhalt den Anspruch auf *den* Arbeitsplatz und *das* Einkommen, welches man sich gerade wünscht.

Das Privateigentum ist von seinem Postulat als Heiligtum in einer neuen Wirtschaftsordnung zu einer einfachen Funktion zu degradieren. Das Eigentum wird Lehen, und der Lehensherr ist die Allgemeinheit. Das gilt jedenfalls für das Eigentum an Produktionsmitteln. Der Unternehmer wandelt sich so gewissermaßen zum Lehensmann, in moderner Terminologie also zum Funktionär. Damit ist beileibe nicht gemeint, er solle Beamter werden. Das wäre viel zuviel Sicherheit. Er soll ein Funktionär sein mit sehr viel Freiheit und starkem Zwang zur Selbstverantwortung. Er soll die Freiheit haben, viel zu verdienen, aber auch der anderen Freiheit ausgesetzt sein, alles zu verlieren.

Die Freiheit des Unternehmergewinns wird bei uns heute ganz groß geschrieben. Vom notwendigen Gegenstück aber, nämlich der Freiheit des Existenzverlustes, will man nicht gern etwas hören. Dagegen schützt man sich lieber durch Kartelle. Und wenn man das nicht kann, wenigstens durch eine stillschweigende Einigkeit im Hochhalten der Preise.

Die Gefahr der Inflation

Welcher Weg, so wird man fragen, kann nun beschritten werden, um die Vollbeschäftigung zu sichern und in ihr eine rücksichtslose Konkurrenz zu verwirklichen mit dem Ziel, durch äußersten Ansporn der Unternehmerleistung und einer Konzentration der Produktion auf die besten Betriebe den Lebensstandard in Westeuropa dem Lebensstandard der USA anzunähern? Zuerst kommt es darauf an, die Vollbeschäftigung gegen die Gefahr der Inflation zu sichern. Viele Freunde einer Vollbeschäftigungspolitik glauben, sich darauf verlassen zu können, daß in der Vollbeschäftigung die Gefahr der dauernden Preissteigerung gebannt werden kann einfach dadurch, daß der Zustrom an Kaufkraft mäßig dosiert wird. Leider stecken aber in dieser Annahme zwei kardinale Irrtümer. Um gegen Inflation geschützt zu sein, genügt es nicht, daß die Vermehrung der Geldmenge bei der Kaufkraftschöpfung vorsichtig und gering erfolgt. Die Geldmenge allein ist für die Möglichkeit der Preissteigerung gar nicht entscheidend. Die Wirksamkeit der Umlaufgeschwindigkeit darf nicht vergessen werden. Welche unangenehmen Überraschungen man hier erleben kann, haben die verschiedensten Situationen der Wirtschaftsgeschichte, insbesondere der Bankgeschichte, erwiesen. Eine gegebene Geldmenge kann ihre Wirkung auf die Preise am Markt vervielfachen, wenn sich ihre Umlaufgeschwindigkeit entsprechend erhöht. Es kommt auch nicht allein auf die Höhe der Warenbestände in der Volkswirtschaft und die Größe der Neuproduktion an. Die Preise steigen sehr oft und vielleicht noch häufiger nicht deshalb, weil die Ware wirklich knapp ist, sondern weil die Ware zurückgehalten wird von jenen Unternehmern, die an die Preissteigerung glauben und an ihr verdienen wollen.

Man kann natürlich Glück haben, so wie die Schweden, aber auf dieses Glück verlassen darf man sich nicht. England ist ein Sonderfall. Es hat lange Zeit seine Vollbeschäftigungspolitik gegen die Preissteigerung geschützt durch eine umfassende und daher wirksame Preiskontrolle. Es soll durchaus zugegeben werden, daß Preisbildung und Preisüberwachung einen wirksamen Schutz darstellen und daß die Vollbeschäftigungspolitik durch sie gegen übermäßige Preissteigerung gesichert werden kann. Man muß dafür nicht einmal das Dritte Reich der Zeit von 1936 bis 1939 zitieren. Die USA und Großbritannien sind ebenso gute Beispiele hierfür. Trotzdem sind behördliche Preisbildung und Preiskontrolle keineswegs als das beste Mittel anzusehen. Will man mit marktwirtschaftlichen Mitteln steuern, dann muß der Staat auf andere Weise fähig sein, das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage am Markt zu verhindern. In einer Vollbeschäftigungspolitik sind dem Staat zwei Aufgaben gestellt:

1. Er muß das zeitweilig auftretende Nachfragemanko am Markt auffüllen, indem er direkt oder indirekt Kaufkraft in den Markt pumpt.
2. Der Staat muß trotz dieser Kaufkraftschöpfung stets in der Lage sein, den Markt und damit das Preisniveau zu beherrschen.

Auf eine kurze Formel gebracht, heißt dies: Der Staat muß mit einer Hand Kaufkraft in die Wirtschaft geben und mit der anderen Hand die Preise festhalten. Verzichtet man zur Beherrschung des Preisniveaus auf eine behördliche Preiskontrolle, dann ist das einzige wirksame Mittel gegen echten Warenmangel wie Warenzurückhaltung eine sinnvolle Vorratspolitik.

Ansammlung von Warenlagern, Vorratshaltung kennt der Kapitalismus nur zum Zwecke einer Hochhaltung der Preise und als Vorbeugungsmittel gegen Mangelerscheinungen in Kriegszeiten. Eine neue Wirtschaftspolitik wird sich der Warenvorräte zu bedienen haben, um Tendenzen zur Preissteigerung zu erdrücken bzw. um Preise zu senken. Die Zukunft wird lehren, daß die Warenvorräte das wichtigste Mittel sind, um nicht nur die Preisentwicklung zu beherrschen, sondern auch den Wirtschaftsablauf als solchen zu steuern.

Der Kapitalismus hat begrifflicherweise einen wahren Horror vor großen Vorräten, denn sie gefährden die Gewinne. Preisunterbietung durch Vorratsverkäufe ist gerade deshalb gegebenenfalls das wirksamste Mittel, einerseits die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu verhindern, und andererseits eine Produktivitätssteigerung zur Erhöhung des Lebensstandards der breiten Masse zu erzwingen. Im Schutze hoher Gewinne wird aus Bequemlichkeit die Rationalisierung nur zu leicht vergessen.

Steuerung des Wirtschaftsablaufs über Vorräte

Wir haben heute in Westdeutschland eine Vorratswirtschaft, die ausgesprochenen Produzenteninteressen dient. Was jedoch hier gewollt wird, ist eine Vorratswirtschaft mit umgekehrten Vorzeichen, nämlich mit dem Ziel der Gegenwirkung gegen steigende Preise in der Vollbeschäftigung und Herbeiführung eines Reinigungsprozesses durch Verschärfung des Wettbewerbs mit den Mitteln des Preisdrucks zur Beseitigung überflüssiger Unternehmungen durch die Pleite.

Diese Vorratswirtschaft erfordert keineswegs eine staatliche Lagerhaltung, sondern lediglich Warenlager zur Verfügung des Staates beim Großhandel als Kommissionär eines Produktionsamtes, das das Instrument dieser Vorratspolitik ist.

Das *Produktionsamt* beginnt mit seinen Vorratskäufen, sobald in dem betreffenden Produktionszweig ein Beschäftigungsrückgang eintritt bzw. sobald die Marktlage zuläßt, daß in langsam steigendem Umfang Ware aus dem Markt genommen wird.

Die Einkäufe werden unterbrochen, solange diese Voraussetzungen fehlen. Die Dauert der Vorratskäufe bis zur Ansammlung eines Lagerbestandes in der für notwendig erachteten Höhe können sich also auf eine ganze Reihe von Jahren und zahlreiche Etappen erstrecken. Tempo der Vorratsbildung und Umfang der Läger wird deshalb sowohl beträchtliche Schwankungen aufweisen für die einzelnen Waren wie auch für die einzelnen Länder der Wirtschaftsunion Westeuropas. Wird durch eine Preissteigerung ein Eingreifen des Produktionsamtes durch hohe Abgaben aus den vorhandenen Lägern an den Markt erforderlich, wiederholt sich in der Folgezeit die Aktion in der geschilderten Form.

Ständige Auswechslung der Waren (Ankäufe und Verkäufe) verhindert Wertverlust. Der Schwund ist in seinem Prozentsatz nicht höher als sonst beim Großhandel. Das Interesse an einer Niedrighaltung des Schwundes wird gesichert durch Festsetzung einer Pauschalvergütung für die Lagerpflege.

Das Produktionsamt kann seine Einkaufspreise unter den allgemeinen Marktpreis senken durch Massierung seiner Aufträge bei den leistungsfähigsten Lieferanten und die bei diesen damit eintretende Kostendegression. Hierdurch wird eine Unterbietung steigender Preise nicht nur ohne Verluste, sondern sogar mit beträchtlichem Gewinn möglich.

Sobald Warenvorräte angesammelt sind, deren Höhe Abgaben an den Markt zur Bekämpfung von Preissteigerungen für längere Zeit erlaubt, beginnt eine Umschaltung von der Lagerbildung auf Investitionen und die Steigerung der Massenkaufkraft. Diese Investitionen umfassen sowohl soziale Investitionen, insbesondere die Förderung des sozialen Wohnungsbaues, wie Maßnahmen zur Modernisierung des Produktionsapparates. Die Aufträge des Produktionsamtes werden zum Teil abgelöst durch Investitionen anderer öffentlicher Körperschaften und Investitionen privater Unternehmungen. Die private Investitionstätigkeit erfährt in diesem Stadium jene Förderung, wie sie in vielfältigen Formen und unterschiedlichem Ausmaß bereits heute geübt wird. Ein anderer Teil der Aufträge des Produktionsamtes wird abgelöst durch eine Erhöhung der Nachfrage nach Konsumgütern. Sie wird gespeist aus einer Erhöhung des Reallohnes. Die Vornahme dieser Steigerung des Reallohnes erfolgt schrittweise entsprechend dem Umfang der Beschäftigtenzunahme.

Die Einkäufe erstrecken sich auf sämtliche Waren, soweit sie lagerfähig sind und einen allgemeinen Markt haben. Also: Fertigfabrikate der Konsumgütererzeugung, Halbwaren und Rohstoffe der Konsumgütererzeugung, Fertigfabrikate der Produktionsmittelindustrie, Halbwaren und Rohstoffe der Produktionsmittelindustrie. Ausgesprochene Modeartikel sind vom Einkauf ausgeschlossen. Was als Standard zu betrachten ist, wird nicht behördlich bestimmt, sondern richtet sich nach dem, was Handel und Konsumenten dafür halten. Die Konsumfreiheit wird nicht eingeengt. Das Produktionsamt wird lediglich aus Gründen sowohl der Kosten- und Preissenkung wie der Absetzbarkeit der gelagerten Ware gewisse Serienprodukte fördern, und zwar durch entsprechende Weisungen an den Großhandel für die vorzunehmenden Ankäufe.

Für den Umfang der Läger sind in erster Linie drei Gesichtspunkte maßgebend: a) die Beherrschung des Preisniveaus, b) die Anregung der Produktion (Stabilisierung der Beschäftigung, c) die Lagerfähigkeit der Waren. Man kann annehmen, daß in der Regel Warenvorräte von etwa einem Jahresbedarf der Volkswirtschaft ausreichen werden, um jede Preissteigerungstendenz zu erdrücken (ausgenommen Kriegszeiten). Bis zur Ansammlung solcher Läger können also die Ankäufe des Produktionsamtes einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Stabilisierung der Beschäftigung leisten. Festzustellen dabei ist jedoch, daß die Vorratswirtschaft nicht der eigentliche Inhalt der Vollbeschäftigungspolitik ist. Sie dient vielmehr der Sicherung dieser Politik gegen die Gefahr der Geldentwertung.

Der Nutzen der Vorratswirtschaft und der auf ihr aufbauenden Politik der Vollbeschäftigung ist die Vermeidung des Ausfalls an Wertschöpfung, der sonst durch die eintretende Wirtschaftsstockung bei jedem neuen Konjunkturrückschlag verursacht wird. Auf Grund der Erfahrungen früherer Depressionen kann dieser Verlust in der Produktion, je nach Stärke und Dauer der Stockung, für ein Wirtschaftsgebiet wie Westeuropa, auf eine Größenordnung von 50 bis 200 Milliarden Dollar geschätzt werden. Eingeschlossen in diese Zahl liegt der Schutz gegen das soziale Elend jahrelanger Arbeitslosigkeit von vielen Millionen Menschen.

Als Aufwandsposten steht diesem Gewinn außer einer zusätzlichen Abnutzung von Produktionsanlagen nur Arbeitskraft gegenüber, die anderenfalls brachgelegen hätte. Entsprechend ihrer Zielsetzung wird sowohl durch die Vorratswirtschaft wie die auf ihr aufbauende Investitionsförderung zur Stabilisierung der Beschäftigung nur jene Lücke geschlossen, die durch das Absinken der Gesamtnachfrage beim Konjunkturrückgang entsteht. Die Lagerbildung des Produktionsamtes stellt gewiß einen Kapitalaufwand von gewaltiger Höhe dar. Das gleiche gilt von den erwähnten Investitionen. Zu beachten ist aber, daß — abgesehen von der erwähnten zusätzlichen Abnutzung der Produktionsanlagen — die Gesamtheit dieser Gütermenge für die Volkswirtschaft gewissermaßen geschenkt ist (verglichen mit der andernfalls bestehenden Situation der Krise und Depression). Bei der Massenarbeitslosigkeit werden während der Stockung Milliardenbeträge verausgabt, nur um diese Millionen Menschen, die gezwungenermaßen feiern, mit ihren Familien in höchst dürftiger Weise für einige Jahre am Leben zu erhalten. Wirtschaftlich sind diese Riesensummen ein reiner Verlustposten, eine Leistung ohne Gegenwert.

Der Reinigungsprozeß

Der für die Verschärfung des Wettbewerbs notwendige Reinigungsprozeß wirft zuerst die Frage auf: Wer ist überflüssig? überflüssig ist der ständig nicht ausgenutzte Teil des Produktionsapparates. Die notwendige Kapazitätshöhe umfaßt die saisonalen Produktionsspitzen und einen Sicherungsspielraum für unvorhergesehene Schwankungen der Nachfrage. Das ist keineswegs eine feste Größe. Es ist aber äußerste Verschwendung, einen Produktions- oder Verteilungsapparat zu schaffen oder zu erhalten von der doppelten

und dreifachen Größe der durchschnittlichen Marktnachfrage. Überflüssig sind alle Betriebe, deren Kapazität nicht mehr vom Markt benötigt wird, nachdem die Betriebe mit den relativ niedrigsten Kosten in optimalem Umfang beschäftigt sind.

Das Mittel des Reinigungsprozesses ist die *Preisunterbietung*. Dieser Preisdruck wird nicht herbeigeführt durch eine behördliche Herabsetzung der zulässigen Preise, sondern marktwirtschaftlich durch ein entsprechendes Vorgehen des Produktionsamtes. Im Normalfall, also dann, wenn das Produktionsamt über hohe Warenlager verfügt, kann es durch Unterbietung mit hohen Abgaben aus den vorhandenen Warenlagern die Unternehmer, die weiter produzieren wollen, zwingen, mit ihrem Preisangebot gleichfalls auf den Angebotspreis des Produktionsamtes am Markt herabzugehen. Nach Herabdrückung der Marktpreise kann das Produktionsamt selbst zur Auffüllung seiner Bestände Lieferverträge zum gesenkten Preis abschließen.

Die kapitalistische Krise läßt nicht nur die schlechten Unternehmer zusammenbrechen. Nur zu oft gehen in dieser Krise zahlreiche tüchtige Unternehmer in Konkurs, nur weil ihr Kapital zu gering ist, um während des Absatzschwundes genügend lange von der Substanz zehren zu können. Bei diesem Reinigungsprozeß dagegen entscheidet über Konkurs oder Überleben die Fähigkeit, die Kosten zu senken, sehr viel mehr als die Kapitalkraft des Unternehmers. Die Ursache hierfür ist, daß bei ständiger Vollbeschäftigung kein allgemeiner Absatzschwund eintritt, sondern im Gegenteil das Sozialprodukt weiter steigt.

Die Ausdehnung der tüchtigen und erfolgreichen Unternehmer auf Kosten der schlechten ist durchaus nicht so zu denken, daß nun die kleinen und mittleren Unternehmungen von den großen, kapitalstarken geschluckt werden. Es besteht gar keine Gefahr, daß der Reinigungsprozeß dazu führt, nur Mammutunternehmungen übrigzulassen. Für Betriebswirtschaftler und insbesondere Wirtschaftsprüfer ist es längst eine Binsenwahrheit, daß die größten Gewinne und die niedrigsten Kosten durchaus nicht bei den Großbetrieben zu finden sind.

Die Entwicklung dürfte sehr gut umgekehrt laufen. Vielleicht werden am Ende dieses Reinigungsprozesses viele kleine und mittlere Betriebe sich nach vorn gearbeitet haben, während eine große Zahl der Mammutunternehmen zusammengebrochen sein wird. Der Reinigungsprozeß der neuen Wirtschaft hat einen wesentlich anderen Charakter und damit auch anderen Ablauf als die kapitalistische Reinigungskrise. Sicher ist aber, daß bei der Länge des Reinigungsprozesses auch solche Großunternehmungen zu Fall kommen werden, die sich durch ihre Größe und Kapitalkraft sonst in Krise und Depression über Wasser halten konnten.

In manchen Erwerbszweigen wird ein nicht unbeträchtlicher Teil der Betriebe überhaupt verschwinden, so z. B. im Handel und Verkehrsgewerbe. In der Industrie wird dieser Vorgang nicht den gleichen Umfang haben. Generell wird aber der Reinigungsprozeß dafür sorgen, daß nicht leistungsfähige Betriebe in andere Hände übergehen. Hierbei wird der Wert der Produktionsanlagen auf einen den Marktverhältnissen entsprechenden Bilanzwert heruntergeschrieben werden. Der Erwerber wird mit geringeren Abschreibungskosten nach einer Umorganisation des Arbeitsablaufs im Betrieb sowie Umstellung des Produktionsprogrammes einen neuen Start versuchen können.

Wir werden nach dem Reinigungsprozeß einen verkleinerten, aber dafür moderneren und leistungsfähigeren Produktionsapparat haben. Ein überdimensionierter Produktionsapparat arbeitet unwirtschaftlich durch das Mitschleppen überhöhter Abschreibungskosten. Außerdem verleitet seine Existenz immer wieder zu neuen Fehlinvestitionen. Die konkurrierenden Unternehmer, deren Werke überwiegend schlecht ausgenutzt sind, versuchen oft, einander durch technische Modernisierung den Rang abzulaufen. Diese technische Modernisierung vergrößert die überflüssige Kapazität, ohne daß dabei in der Regel das Ziel, nämlich die Verdrängung der Konkurrenz, erreicht wird. Durch das Zusammenwirken von Reinigungsprozeß und Investitionslenkung wird zukünftig der verkleinerte Produk-

tionsapparat billiger arbeiten und er wird wegen seines geringeren Umfanges auch schneller erneuerungsfähig sein. Die Beseitigung der Überdimensionierung senkt die Produktionskosten beträchtlich, während gleichzeitig Wendigkeit und Schlagkraft des Produktionsapparates erhöht werden.

Ein besonders hoch zu veranschlagender Nutzen für die Steigerung des Sozialproduktes ist zu sehen in der Überleitung eines beträchtlichen Prozentsatzes der Beschäftigten aus Handel, Verkehr, Gaststättengewerbe, Versicherungen usw. in die direkte Gütererzeugung. Der Reinigungsprozeß beseitigt den Leerlauf. Er setzt Arbeitskräfte frei, die durch die Politik der Vollbeschäftigung an anderer Stelle Verwendung finden. Dadurch, daß diese Arbeitskräfte, deren Leistung bisher schlecht genutzt oder überhaupt unnütz vertan war, auf den richtigen Platz kommen, wird eine außerordentliche Steigerung des Sozialproduktes erzielt und eine rasche Steigerung des Lebensstandards möglich.

Aus der Fülle wirtschaften

Der Staat soll grundsätzlich nicht durch Bewirtschaftung lenken wollen. Die „Bewirtschaftung“ ist auch durchaus entbehrlich. Man kann durch Beeinflussung der Angebotsmenge und Angebotspreise auf dem Markt die Unternehmer sehr viel besser als durch behördliche Gebote und Verbote zwingen, dorthin zu marschieren, wo dem Konsumenten am besten gedient ist. Die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers wird nur geringfügig durch behördliche Anordnungen eingeschränkt werden. Die Investitionslenkung wird das einzige Gebiet sein, wo ständig direktes Eingreifen des Staates in die Dispositionen der Unternehmer erforderlich ist. Aber auch hier wird dem Unternehmer nicht vorgeschrieben werden, was er zu bauen hat, sondern er wird nicht ohne Zustimmung des Planungsamtes bauen dürfen was er will. Im übrigen wird sich das Planungsamt auf Auskünfte und Empfehlungen beschränken.

Die Worte Planung und Lenkung bewirken in der Regel eine Gedanken-Assoziation wie „Plansoll“ und „Planerfüllung“, Produktionsvorschriften an den einzelnen Unternehmer, Strafandrohung usw. Dies alles ist jedoch keineswegs Inhalt eines Systems der Steuerung des Wirtschaftsablaufes, wie es der vorliegenden Konstruktion entspricht. Die Planung beschränkt sich auf die Investition. Rohstoffe, Halbfertigfabrikate irgendwelcher Art sind nur dann Gegenstand der Planung, wenn bei ihnen die Gefahr eines Engpasses besteht. Es wäre auch angesichts des Zieles und der Methode dieser neuen Wirtschaftspolitik für Westeuropa völlig unsinnig, etwa die ganze Produktion bis zur letzten Schraube verplanen zu wollen. Die Warenkäufe und -verkäufe im Auftrag des Staates für die Zwecke seiner Vorratspolitik werden nicht „geplant“, sondern erfolgen je nach der Marktlage. Markt und Preismechanismus bleiben in Funktion. Die „Lenkung“ schaltet sie nicht aus, sondern bedient sich ihrer. Die Steuerung der Wirtschaft erfolgt mit marktgemäßen Mitteln über die Veränderung von Angebot und Nachfrage auf den verschiedenen Märkten (einschließlich der Kreditmärkte). Die großen Warenvorräte — nicht in der Hand — wohl aber zur Verfügung des Staates (beim Großhandel) sind die Puffer, mit denen die Stöße aufgefangen werden, die sonst den gleichmäßigen Ablauf der Wirtschaftsentwicklung gefährdend hemmen.

Planung und Lenkung in dieser Form haben mit Zwangswirtschaft und Mangelwirtschaft nichts gemeinsam. In dieser neuen Wirtschaftspolitik wird die Produktionskraft nicht überspannt. Es ist vielmehr ein System, den Reichtum besser zu nutzen und zu verteilen, mit dem der Kapitalismus nichts anzufangen weiß. Der Kapitalismus scheitert in jeder Konjunkturkrise wieder aufs neue an dem Überfluß der von ihm selbst erzeugten Produktionsmittel und Konsumgüter, weil es durch den berühmten Automatismus der Marktpreisgestaltung (einschließlich des Preises für Arbeitskraft) nicht gelingt, eine Einkommensverteilung herbeizuführen, die die Beständigkeit der Nachfrage am Markt sichert.

Der für den Kapitalismus nicht entwirrbare gordische Knoten wird durchschlagen mit einer Politik, die sich eine Sicherung gleichmäßiger Gesamtnachfrage zum Ziel setzt. Dies bedeutet allerdings keineswegs, daß die Zusammensetzung der Nachfrage unverändert bleibt. Diese wird sogar bewußt verändert! Durch die Ansammlung von Warenvorräten wird diese neue Politik nicht eine „Planwirtschaft zur Verteilung der Armut“ sein. Sie wird vielmehr aus der Fülle wirtschaften. Es besteht deshalb auch nicht der geringste Anlaß, dem Konsumenten Vorschriften zu machen, was er verbrauchen soll. Die Freiheit der Konsumwahl wird nicht angetastet. Sie bleibt in vollem Umfang erhalten und wird sogar beträchtlich steigen, weil es ja das eine Mittel zur Gleichmäßigkeit der Gesamtnachfrage sein muß, eine Erhöhung des Reallohnes und seine Anpassung an den technischen Fortschritt zu erreichen.

Die Konstruktion einer Wirtschaftspolitik, wie sie hier gezeichnet wird, unter dem landläufigen Begriff der Planwirtschaft zu klassifizieren, wäre also irreführend. Es wäre ebenso ein grobes Mißverständnis, dieses System etwa einordnen zu wollen als sozial gefärbten Neoliberalismus. Die Idee, die hier vorgetragen wird, bedient sich zwar des Marktes und der Institution des Privateigentums, aber sie unterwirft beide der Lenkung. Die Lenkung mag in der Wahl ihrer Mittel als eine „Lenkung der leichten Hand“ angesehen werden. Sie ist das auch insofern, als sie den Staatseingriff auf einige zentrale Punkte beschränkt. Der erfolgreiche Unternehmer wird durch sie selten gehindert werden; er wird sich von ihr um so mehr in vielen Fällen gefördert sehen. Den untüchtigen oder sonst erfolglosen Unternehmer jedoch wird diese Lenkung mit größter Härte treffen. Der Verzicht auf Verstaatlichung (abgesehen von Ausnahmen) bedeutet nicht auch einen Verzicht auf Enteignung. Die Entschädigungsfrage bedarf bei dieser Enteignung keiner Erörterung. Es ist keine Enteignung durch Gesetz, sondern eine Enteignung durch das kapitalistische Mittel sinkender Marktpreise im Wege der Pleite.

Nicht zu spät handeln!

Trotz aller Beschwichtigungen bleibt Westeuropa unter dem heute herrschenden Wirtschaftssystem von der Gefahr eines schweren Konjunkturrückschlages bedroht. Die Tendenzen zu einer Stockung sind heute bereits sichtbar. Fraglich ist lediglich der Zeitpunkt des Umschwungs. Nicht erst bei Eintritt der Depression, sondern schon heute sollten wir daher die Gegenmaßnahmen zum Auffangen der Krise überlegen.

Noch etwas anderes sollte uns beunruhigen. Es ist die Gefahr, daß Sowjetrußland Westeuropa wirtschaftlich überholt. Diese Gefahr ist viel größer, als man allgemein ahnt. Nur durch die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und eine wahrhaft revolutionäre Synthese in unserer Wirtschafts- und Sozialordnung können wir für Westeuropa diese Gefahr bannen. Der militärische Aufstieg Rußlands zur zweiten Weltmacht ist unleugbar. Die wirtschaftlichen Aufstiegskräfte in der Sowjetunion werden dagegen in der Regel unterschätzt. Wir sollten das lieber nicht tun. Die geschichtliche Entwicklung läuft oft genau entgegengesetzt, als es das konventionelle Denken annimmt. Vergessen wir nicht, daß die Qualitätsmarke „Made in Germany“ einmal von den Briten geprägt wurde, um damit Schundware zu kennzeichnen. In den Anfängen der deutschen Industrieentwicklung galt von den deutschen Waren das Wort „billig und schlecht“. Das Tempo der Steigerung der Produktion an Konsumgütern kann vielleicht schon nach einigen Jahren in Sowjetrußland wesentlich schneller sein als früher die Steigerung der Erzeugung von Rüstungsgütern. Unterschätzen wir nicht die geballte Kraft einer einseitigen, aber zielbewußten und in ihrer Härte gegen den Einzelmenschen unerbittlichen Planwirtschaft. Hüten wir uns vor dem Tag, an dem es den Sowjets gelingt, den russischen Facharbeiter materiell besser zu stellen als beispielsweise den französischen oder italienischen Facharbeiter. An diesem Tag beginnt die Weltrevolution.